

## Aus dem Vorstand

### Verordnung zum Energiegesetz: VLG verlangt bessere Mitwirkung der Gemeinden

- Der VLG-Vorstand verlangt in seiner Vernehmlassungsantwort zur Verordnung zum neuen Energiegesetz eine stärkere Mitwirkungsmöglichkeit der Gemeinden. In der geplanten Verordnung und im Gesetz ist diese nach Ansicht des VLG zu schwach geregelt. Immerhin wird vieles dann in den Gemeinden umgesetzt.

### Lehrplan 21: Ja, aber kostenneutrale Umsetzung für die Gemeinden

- Der VLG hat im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zum Lehrplan 21 und zur neuen Wochenstundentafel (WOST) genommen. Er begrüsst dabei die Stossrichtung hin zur Harmonisierung und zur Kompetenzorientierung. Auch die Stärkung von Deutsch und Mathematik begrüsst er. Bei der Umsetzung des neuen Lehrplanes 21 in Form der neuen WOST dürfen für die Gemeinden aber keine Mehrkosten entstehen. Ebenfalls wehrt sich der VLG gegen die Einführung eines Schwimmbobligatoriums.

### Parlamentarische Vorstösse in den Agglo-Gemeinden kritisieren den VLG

- In den Parlamenten von Emmen, Luzern, Kriens und Horw wurden ähnlich lautende Vorstösse eingereicht, welche den Nutzen des VLG hinterfragen und kritisieren, der Vorstand sei parteipolitisch unausgewogen. Gegenwärtig sind alle 83 Gemeinden Mitglied beim VLG. Der Vorstand unternimmt verstärkte Informationsbemühungen, da gerade in den Gemeindeparlamenten offenbar die Informationen über die Tätigkeiten des VLG fehlen. Primäre Ansprechpartner des VLG sind die Exekutiven. So führt der VLG am 12. September 2013 eine Medienkonferenz durch. In Emmen ist die Behandlung der Vorstösse bereits für den 17. September 2013 traktandiert.

### VLG nimmt Stellung zum Planungsbericht Kulturförderung

- Der VLG-Vorstand begrüsst in seiner Vernehmlassungsantwort zum Planungsbericht Kulturförderung die Grundstossrichtung. Er äussert sich aber kritisch zur Verknüpfung des geplanten Kantonsbeitrages von CHF 200'000 für die Luzerner Landschaft mit einem „Kulturfranken“ pro Einwohner aus den entsprechenden Gemeinden als Bedingung. Der VLG verweist auf die schwierige Finanzlage der Gemeinden und auf die Tatsache, dass die Agglomerationsgemeinden im Rahmen der regionalen Kulturkonferenz erhebliche Beiträge bezahlen.

### Betreibungsämter sollen Zugriff auf die Einwohnerplattform erhalten

- Der VLG ersucht beim Regierungsrat um eine Änderung der kantonalen Registerverordnung. Inskünftig sollen alle Betreibungsämter einen direkten Zugriff auf die kantonale Einwohnerplattform erhalten. So würden insbesondere bei den überregionalen Ämtern aufwändige Personenrecherchen via Telefon wegfallen. Die Änderung soll per 1. Januar 2014 eingeführt werden.

### Fragen zu Budgetinformationen 2014 des DVS

- Die Gemeinden erhielten vom DVS Ende August eine Budgetinformation 2014. Darin wurden sie informiert, dass CHF 15 pro Lernende für die neue Schulverwaltungssoftware sowie 0.25 % des Besoldungsaufwandes für das Projekt Arbeitsplatz Schule zu budgetieren seien. Der VLG weist in einem Schreiben an Regierungsrat Wyss darauf hin, dass er keine Zustimmung zu weiteren Schritten im Projekt Arbeitsplatz Schule gegeben habe. Auch seien die Gemeinden wohl nicht bereit, das Projekt Schulverwaltungssoftware vorzufinanzieren. Zudem hat das Projekt bisher weder den Kantonsrat passiert, noch konnte sich der VLG zu den Kosten und zum Finanzierungsschlüssel äussern. Der VLG erhielt dazu von mehreren Gemeinden bereits kritische Rückfragen.

## Aktuell

### Projekt Globallösung: Erster Erfolg erreicht!

- Anlässlich einer Besprechung zwischen einer Delegation des VLG und des Regierungsrats konnte das Projekt Globallösung konkretisiert werden. So wurde nebst dem zugesicherten Betrag für das K-ESR (vgl. unten) versprochen, seitens des Kantons gewisse koordinative Dienstleistungen im Rahmen der Pflegefinanzierung zu übernehmen. Dabei konnte nun auch eine Einigung über deren aktuelle Kosten erzielt werden. Im Falle einer Kantonalisierung des Zivilschutzes wurde in Aussicht gestellt, dass der Kanton die Kosten übernehmen würde. Das Projekt Kostenteiler 50:50 Volksschulbildung ist gemäss Regierungsrat auf Kurs und kommt 2014 in den Kantonsrat. Ebenfalls wurde über die massive Belastung des Kantons bei der Spitalfinanzierung berichtet. Beim Wasserbaugesetz besteht nach Angaben der Regierung nach wie vor die ungelöste Frage der Finanzierung. Der VLG stellt fest, dass sich einiges bewegt hat und sich der Regierungsrat um eine Lösung der Probleme bemüht.

### Kanton bezahlt den Gemeinden CHF 2.4 Mio. an die Einführungskosten des K-ESR!

- Der Regierungsrat bezahlt den Gemeinden einen einmaligen Betrag von CHF 2.4 Mio. an die Einführungskosten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes. Diese frohe Botschaft konnte Regierungsrätin Yvonne Schärli verkünden. Das Geld fliesst noch dieses Jahr direkt an die Gemeinden. Die Details werden noch geregelt. Zusammen mit dem im letzten Jahr gesprochenen Betrag von CHF 400'000 beteiligt sich der Kanton mit insgesamt CHF 2.9 Mio. an den Einführungskosten des K-ESR.

### Vorstösse im Kantonsrat zu LuTax und zur Inkassoprovision

- Die Grosswanger CVP-Kantonsrätin Yvonne Hunkeler will Auskunft zu den Umsetzungsproblemen beim Projekt LuTax. Der Schlierbacher SVP-Kantonsrat Armin Hartmann will auf die vom Regierungsrat abgelehnte Inkassoprovision für die direkte Bundessteuer zurückkommen. Beide Vorstösse wurden im Kantonsrat eingereicht.

### Budget 2014: Keine Sparpakete auf dem Buckel der Gemeinden!

- Bereits heute ist absehbar, dass der Kanton Luzern für das Budget 2014 wiederum Sparmassnahmen vorsieht. Der VLG verlangt vom Regierungsrat, diese Sparmassnahmen nicht auf dem Buckel der Gemeinden auszutragen. Viele Gemeinden stecken in finanziellen Nöten und haben bereits die Steuern erhöht.

### Freiwillige Schulimpfung: Der VLG arbeitet an der weiteren Umsetzung

- Die Wiedereinführung der freiwilligen Schulimpfung ist eine wesentliche Massnahme der nationalen Strategie zur Masernelimination 2011-2015 des Bundesrates und der Kantone. Die Vorbereitungsarbeiten erfolgten in enger Zusammenarbeit mit der Luzerner Ärztesellschaft, der Vereinigung Luzerner Hausärztinnen und Hausärzte, dem Bildungs- und Kulturdepartement, der Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter der Volksschulen, der Rektorenkonferenz Kantonsschulen / Gymnasien, der Dienststelle Gesundheit, dem VLG sowie von einem breit abgestützten Expertenrat. Zahlreiche Gemeinden haben die neue Leistungsvereinbarung und die Tarifformalitäten mit ihren Schulärzten bereits bereinigt und unterzeichnet, um das Vorhaben umzusetzen. All jene Gemeinden und Schulärzte, die dies noch nicht getan haben, werden in den nächsten Tagen nochmals gebeten, dies nachzuholen.

## Vernehmlassungen

Folgende Vernehmlassungen sind verabschiedet:

- Gesetz über den Justizvollzug (Frist bis **30.09.13** verlängert)
- Planungsbericht über die Kulturförderung (Frist bis **31.08.13** verlängert)
- Gesetz über Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenhilfsfonds) (23.08.13)
- Totalrevision Grundbuchgesetz (23.08.13)
- Verordnung zum Energiegesetz (Frist bis **30.09.13** verlängert)
- Lehrplan 21/WOST (30.10.13)

Gegenwärtig sind keine Vernehmlassungen hängig.